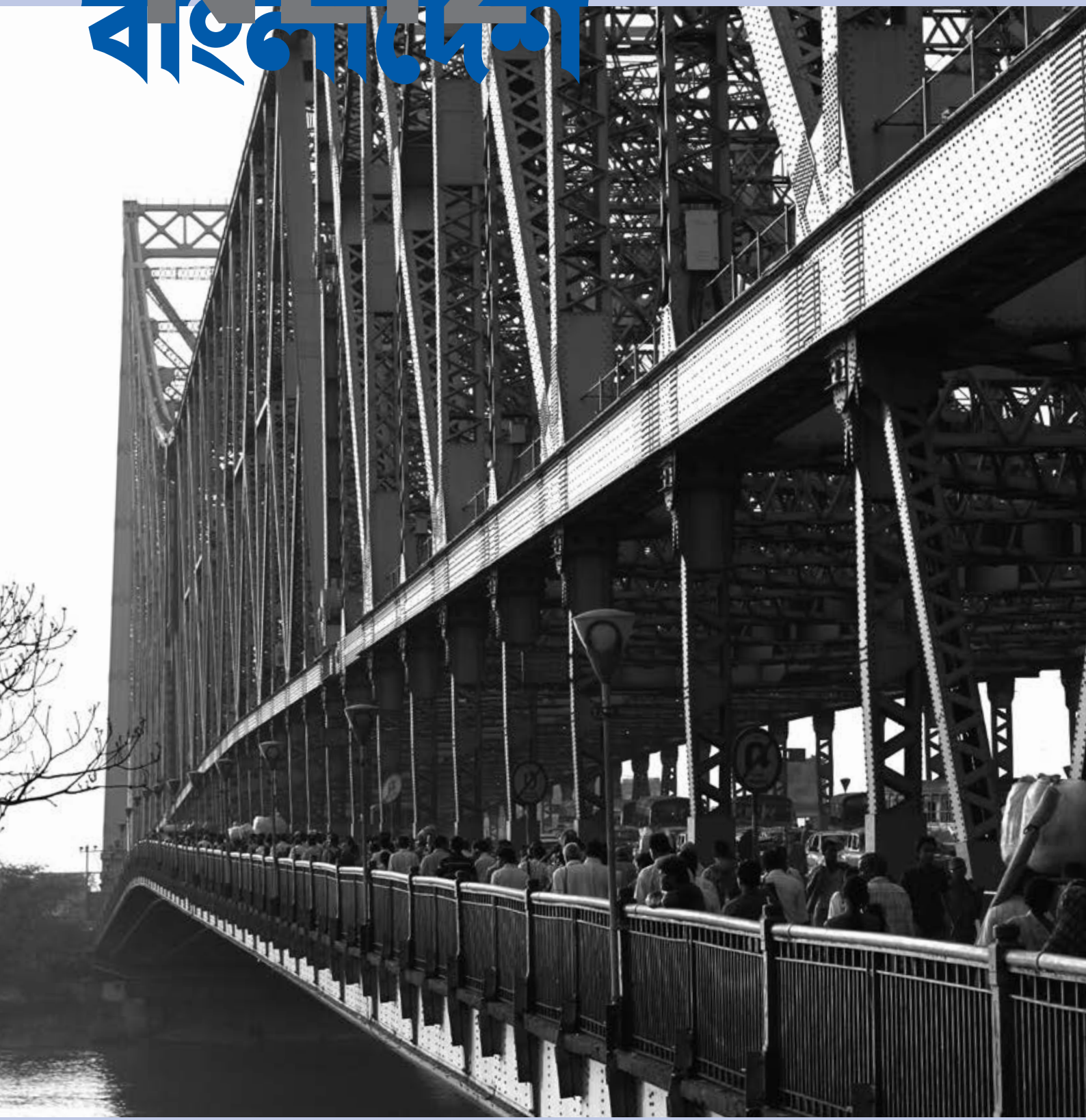
Partnerschaft Entwicklung Gerechtigkeit

NETZ বাংলাদেশ

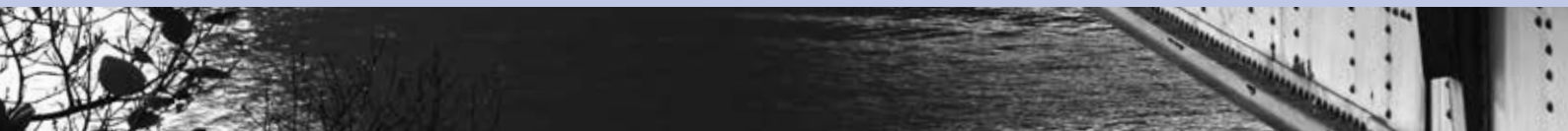
G 8619

Bangladesch Zeitschrift
2/2014



Brücken schlagen

Bangladeschs regionale Außenbeziehungen



Partnerschaft Entwicklung Gerechtigkeit

NETZ বাংলাদেশ

NETZ - Bangladesch Zeitschrift
Nr. 2, 36. Jahrgang, 4.8.2014

NETZ kämpft für Menschenwürde und gegen Hunger in Bangladesch. Partnerschaftlich und professionell unterstützt NETZ Selbsthilfe – für Ernährung, Bildung und Menschenrechte.

Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.

Brot für die Welt

IMPRESSUM
Herausgeber: NETZ Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e.V. / Moritz-Hensoldt-Str. 20 / 35576 Wetzlar / Telefon: 06441–97463-0 / Fax.: 06441–97463-29 / E-Mail: zeitschrift@bangladesch.org
ISSN: 1619-6570

v.i.S.d.P.: Dirk Saam
Layout: Moritz Marbach
Titelfoto: Kai Fritze
Druck: Druckkollektiv GmbH
Redaktion: Serge Birtel, Ines Burckhardt, Insa Bloem, Peter Dietzel, Kai Fritze (Redaktionsleitung), Heiko Herold, Patrizia Heidegger, Moritz Marbach, Michelle Peña Nelz, Niko Richter, Dirk Saam, Sven Wagner, Linda Wallbott.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: 20€ / Einzelexemplar: 5€.

Thema: Regionale Außenbeziehungen

Über Grenzen hinaus
Bangladesch als Motor des Integrationsprozesses in Südasien
Von Benjamin Kühne
4

„Regierungen müssen enger zusammenarbeiten!“
Regionale Kooperationen gegen Menschenrechtsverletzungen
Im Interview mit Shaheen Anam
7

Die Lage der Rohingya
Ein Schatten auf den Außenbeziehungen zu Birma
10

„Grenzen, Wasser, Migration“
Die Beziehung zwischen Bangladesch und Indien
Von Linda Wallbott
12

Politik und Gesellschaft

Meldungen aus Bangladesch
Zusammengestellt von
Dirk Saam und Kai Fritze
15

„Das sind doch nur Einzelfälle“
Die Acid Survivors Foundation unterstützt die Opfer von Säureattentaten
Von Bernhard Hertlein
17

KULTUR

Kick it!
Wie Fußball Südasien verbindet
Von Sven Wagner
19

NETZ aktiv

25 Jahre NETZ e.V.
Ein Fest für die Menschenwürde in Bangladesch
Von Florian Albrecht
20

Meldungen aus der NETZ Geschäftsstelle, Aktionen und Nachrichten.
22

Kai Fritze
Redaktionsleiter

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Europäische Union gilt trotz berechtigter Kritik weltweit als Vorzeigebeispiel dafür, wie aus einem Flickenteppich einst verfeindeter, heterogener Nationalstaaten ein stabiles, friedliches, in vieler Hinsicht erfolgreich zusammenarbeitendes Bündnis werden konnte. Nur wenige haben der EU das zugetraut, als sie noch in den Kinderschuhen steckte.

Wie sieht es im Vergleich dazu in Südasien aus? Der Pessimismus, die Region durch ein starkes Bündnis stabilisieren zu können, ist sicherlich eine vergleichbare Ausgangssituation. Ebenso wie die kriegsbehaftete Vergangenheit von Staaten, die sich in vielem unterschieden: Sprachen, Kultur, Religion. Endet die Vergleichbarkeit an dieser Stelle schon? Oder lässt sich auch in Südasien eine positive Entwicklung beobachten? Wie steht es in der Region um die Kooperationen zwischen den Staaten?

Bestrebungen nach für alle Seiten nützlichen Bündnissen sind erkennbar: das prominenteste ist die Südasiatische Vereinigung für regionale Kooperation (South Asian Association for Regional Cooperation, SAARC). Einer der größten Kritikpunkte an SAARC ist, dass der Fokus zu sehr auf wirtschaftlicher Kooperation liegt. Darüber hinaus gebe es viele andere Bereiche, in denen Zusammenarbeit fruchtbar sein könnte: beispielsweise in der Armutsbekämpfung, bei der Einhaltung der Menschenrechte oder im Bildungsbereich. Gleichzeit bremsen Einzelinteressen der Staaten diese Bestrebungen oftmals aus. Ein prominentes Beispiel dafür ist die Terrorprävention. Viele Experten vertreten die Meinung, dass hierfür intensivere Kooperation von Nöten sei. Gleichzeitig dient das Argument Terrorprävention in ganz Südasien als willkommenes Hilfsmittel, um die eigene politische Position zu stärken und repressiv gegen kritische Stimmen vorzugehen.

Auf den Seiten 4 bis 6 analysiert Benjamin Kühne die existierenden Bündnisse im südasiatischen Raum. Shaheen Anam erklärt im Interview mit NETZ auf den Seiten 7 bis 9 die Arbeit eines regionalen Menschenrechtsnetzwerks und das Potenzial, das effektive regionale Bündnisse für erfolgreiche Menschenrechtsarbeit haben können.

Ein weiter Beitrag widmet sich den bilateralen Beziehungen zwischen Bangladesch und seinem Nachbarn Birma, mit besonderem Fokus auf die Situation der muslimischen Minderheit der Rohingya (Seiten 10 bis 11). Zudem beleuchtet Linda Wallbott das Verhältnis Bangladeschs zu Indien, dem größten Nachbarland (Seite 12-14).

Die Einbettung Bangladeschs in den Südasien-Kontext regionaler Kooperation kann in der vorliegenden Ausgabe nicht in Gänze erfasst werden. Die behandelten Themen müssen als Ausschnitte begriffen werden.

Eine interessante Lektüre
wünscht Ihnen,

Kai Fritze

Über Grenzen hinaus

Bangladesch als Motor des Integrationsprozesses in Südasien

Text: Benjamin Kühne

Regionale Produkte machen auf den lokalen Märkten Südasiens den Löwenanteil aus. Hier: Kolkata.

Die Zustimmung der Bevölkerung Bangladeschs zur intensiven Zusammenarbeit der Staaten Südasiens ist überragend. Laut einer Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstitutes Gallup aus dem Jahr 2012 wissen zwar nur 44% aller befragten Bangladeschis, was die 1985 gegründete Südasiatische Vereinigung für regionale Kooperation (SAARC) ist, doch von diesen 44% befürworten 97% die Mitgliedschaft ihres Landes. SAARC gehören Bangladesch, Bhutan, Indien, die Malediven, Nepal, Pakistan, Sri Lanka und seit 2007 auch Afghanistan an.

Heute gilt Südasien trotz SAARC als eine der am wenigsten integrierten Regionen der Welt. Lediglich 6,1% des Handels der südasiatischen Staaten finden untereinander statt. In Ostasien sind es dagegen 40%. 60% der Exporte Bangladeschs gehen heute in die USA und die Europäischen Union. Das birgt ein großes Risiko. Die Abhängigkeit von diesen Absatzmärkten ist enorm.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Mit der Vereinbarung über die südasiatische Freihandelszone (South Asian Free Trade Area, SAFTA) hat SAARC 2004 einen Schritt unternommen, um die regionale Kooperation auszuweiten. Nach Artikel 7 der Vereinbarung, müssen die Mitgliedsstaaten ihre Zölle für Waren aus anderen Staaten der Freihandelszone schrittweise abschaffen. Die heimischen Märkte werden jedoch weiter protegiert. So durften die Staaten Listen mit Produkten erstellen, die von der Abschaffung der Zölle ausgenommen sind.

Die Abschaffung der Zölle wird seither vorangetrieben. Seit dem ersten Januar 2012 haben alle Mitgliedstaaten außer Bhutan ihre Listen mit den Ausnahmen verkürzt. Indien hat seine Liste für Waren aus den am wenigsten entwickelten Ländern der Region von 480 auf 25 Artikel verringert und Pakistan hat seine Liste für alle Länder um 20% gekürzt. Diep Nguyen-van Houtte ist Leiterin des Bereichs regionale Integration in Südasien bei der Weltbank. Sie sieht in der Öffnung neuer Märkte eine Notwendigkeit, um Arbeitsplätze zu schaffen. Damit trifft sie die Erwartungen der Bürger Bangladeschs: 96% der Teilnehmer an der Gallup-Umfrage erhoffen sich durch den Integrationsprozess bessere Jobchancen in ihrem Heimatland.

Allerdings ist der Freihandel auch mit Risiken verbunden. Die Regierungen einiger kleinerer Volkswirtschaften stehen dem weiteren Abbau der Zölle skeptisch gegenüber. Sie befürchten, dass indische Waren die heimischen Märkte überfluten. Dadurch würde die Industrie dieser Länder schrumpfen und Arbeitsplätze könnten sich in nach Indien verlagern. Zudem stellen Zölle für diese Länder eine wichtige Einnahmequelle dar. Diese Furcht ist nicht unbegründet: Indien exportiert waren im Wert von 13 Milliarden Euro in die Nachbarländer, die Importe liegen lediglich bei 1,9 Milliarden Euro.

Aufgrund der bevorzugten Behandlung der am wenigsten entwickelten Länder durch Indien gelten heute Zölle nicht mehr als Haupthindernis für den Handel. Als Gründe für den geringen wirtschaftlichen Austausch gelten die unzureichende Infrastruktur zwischen den Ländern, langwierige Visaverfahren, komplizierte Verfahren im Bankenhandel und bei Investitionen in den Nachbarländern sowie heterogene Rechtsstandards.

Bereits 2010 organisierte das bangladeschische Policy Research Institute (PRI) das Seminar „Regional cooperation in Africa: Lessons of experience and implications for South Asia". Bei dem Seminar zum Süd-Süd-Austausch wurden historische Konflikte, Streit um Wasser und die Angst vor Terrorismus als Hauptgründe für den schleppenden Verlauf der Integ-

Foto: Kai Fritze

ration in Südasien identifiziert. Als weitere Gründe gelten Angst vor der Dominanz Indiens und der Fokus der indischen Außenpolitik außerhalb Südasiens. Die Teilnehmenden des Seminars betonten unter anderem den wichtigen Beitrag, den das visafreie Reisen in der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft für die Integration dieser Region geleistet hat. Furcht vor Terrorismus gilt unter den Experten als wichtiger Grund dafür, dass bislang noch keine Visa-Erleichterungen innerhalb Südasiens vereinbart wurden.

Konflikte aufarbeiten

Historische Vergleiche zwischen Südasien und Afrika sind schwierig. Die Außenpolitik vieler afrikanischer Staaten war nach der Entkolonialisierung von einer integrativen panafrikanischen Vision geprägt. In Teilen Südasien war das Gegenteil der Fall. Die Zwei-Nationen-Theorie beurteilte die Religionen der Hindus und Muslime als zu unterschiedlich, als dass diese in einem Staat zusammenleben könnten. Auf dieser Grundlage wurden 1947 mit Indien ein von Hindus und mit Pakistan ein von Muslimen dominierter Staat gegründet. Die Theorie war somit Grundlage der Desintegration Südasiens, das zuvor im Mogulreich und später als Britisch-Indien einen weitgehend vereinten Wirtschaftsraum bildete.

Die gemeinsame Aufarbeitung historischer Konflikte ist wichtig, um Misstrauen und politischen Partikularinteressen zu überwinden und eine engere Zusammenarbeit zu erreichen. Das gilt besonders zwischen Indien und Pakistan sowie zwischen Bangladesch und Pakistan. Bis 1971 war Bangladesch Teil Pakistans, bevor es durch einen blutigen Krieg unabhängig wurde. Die Kriegsverbrechen sind bislang nicht aufgearbeitet. Derzeit finden in Bangladesch Gerichtsprozesse gegen bangladeschische Kollaborateure der pakistanischen Armee statt, denen Verbrechen gegen die Menschheit vorgeworfen werden. Diese Verfahren werden von der pakistanischen Regierung kritisiert. Zudem weigert sie sich, in Pakistan befindliche mutmaßliche Kriegsverbrecher an Bangladesch auszuliefern. Die unzureichende Aufarbeitung des Krieges sowie die gegensätzlichen Standpunkte der Regierungen beider Länder zum Kriegsverbrechertribunal, belasten das gegenseitige Verhältnis der Staaten zueinander.

Die Atommächte Indien und Pakistan führten 1947-49, 1965 und 1999 bereits drei Kriege um Territorien in der Region Kaschmir, die von beiden Seiten beansprucht werden. Zudem hat Indien Bangladesch im Unabhängigkeitskrieg gegen Pakistan unterstützt. Das Verhältnis der Länder zueinander ist von diesen Konflikten nachhaltig belastet.

Gemeinsames Wassermanagement

Wassermanagement ist eine weitere große Herausforderung für eine engere Zusammenarbeit in Südasien. Da Flüsse über Grenzen hinweg fließen, hat das Wassermanagement eines Staates, beispielsweise der Bau eines Staudammes, unmittelba-

re Auswirkungen auf die Nachbarstaaten. Die herausragende Bedeutung des Themas für die Bewohner Bangladeschs wird durch die Gallup-Umfrage verdeutlicht: 92% der Bangladeschis erhoffen sich von der regionalen Kooperation ein „besseres Management der Risiken von Überschwemmungen und Dürren".

Allein Bangladesch und Indien teilen sich 54 Flüsse, unter anderem Brahmaputra, Ganges, Meghna und Tista. Bangladesch, als Land mit einem größten Flussdeltas der Welt, liegt am Unterlauf dieser Flüsse. Wassermanagementprojekte in Indien, das am Oberlauf der Flüsse liegt, beeinflussen die Wasserverfügbarkeit am Unterlauf der Flüsse in Bangladesch. Dadurch ist das Abkommen über die faire Aufteilung des Wassers der Tista von zentraler Bedeutung.

Verhandlungen über die Aufteilung des Tista-Wassers standen 2011 kurz vor dem Abschluss, als der damalige indische Premier Minister Manmohan Singh zu Verhandlungen in Dhaka weilte. Die Verhandlungen scheiterten letztendlich am Widerstand der Ministerpräsidentin des indischen Bundestaates West Bengalen, Mamata Banerjee.

Bangladeschs Minister für Wasser-Ressourcen, Anisul Islam Mahmud, äußerte sich Anfang Mai 2014 hoffnungsvoll: „Ich glaube wir können einen Vertrag über die Aufteilung des Tista-Wassers in bilateralen Verhandlungen unterzeichnen." Gleichzeitig machte er allerdings Druck auf Indiens Regierung: „Wenn sie (Anm. d. Red.: die Verhandlungen) daran scheitern, uns den gebührenden Anteil zu sichern, werden wir die Angelegenheit vor internationalen Foren austragen. Wir werden uns überall hinwenden, um unsere Rechte im Rahmen internationaler Gesetze zu erreichen."
Die Regierung der Indischen Volkspartei (BJP) plante während ihrer Amtszeit von 1998-2004 ein Projekt, bei dem 37 Flüsse Indiens untereinander mit Kanälen verknüpft werden sollten, um Überschwemmungen und Dürren zu kontrollieren. Bei den Parlamentswahlen von 2014 wurde die BJP erneut stärkste Kraft. Eines der zentralen Wahlkampfversprechen des neuen Premierministers Narendra Modi ist die Wiederbelebung des Projektes zum Wassermanagement. Durch unilaterales Wassermanagement in Indien könnten sich weite Teile Bangladeschs in unfruchtbares Land verwandeln und so den dort lebenden Menschen die Lebensgrundlage entziehen.

Der ehemalige Vizepräsident der Weltbank Parful Petal betonte bei dem PRI-Seminar die enormen Vorteile einer Zusammenarbeit im Wassermanagement für 700 Millionen Menschen, die in den Flussebenen Bangladeschs, Bhutans, Indiens und Nepals leben. Als Vorbild für Südasien nannte er die Übereinkunft über die gemeinschaftliche Nutzung des Nil-Wassers, an der sich 15 Staaten beteiligen.

Potential abrufen

Das Potenzial regionaler Integration ist enorm: sie kann Arbeitsplätze schaffen, die Staaten Südasiens unabhängiger von den Märkten des Westens machen, eine wirksame Kontrolle von Überschwemmungen und Dürren über Grenzen hinweg ermöglichen und Frieden und Stabilität in der Region dauerhaften sichern.

Um diese Potenziale abzurufen, müssen die Staaten Südasiens enger zusammenarbeiten. Die historischen Konflikte müssen aufgearbeitet werden, um Mistrauen und politischen Unwillen zu überwinden. Die Furcht der Regierung der kleineren Volkswirtschaften vor einer Überschwemmung ihrer Märkte mit indischen Waren muss ernst genommen werden. Eine unbedachte Liberalisierung darf ihre heimische Industrie nicht zerstören.

Gemeinschaftliches Wassermanagement kann neuen Konflikten vorbeugen und stellt eine große Chance dar, die regionale Zusammenarbeit zum Wohle der Menschen auszuweiten. Zudem ist eine engere Zusammenarbeit in der Terrorprävention nötig, um die Grundlage für Visa-Erleichterungen zu schaffen.

Die Umfrageergebnisse in Bangladesch sind eindeutig: Die Bürger sprechen sich für eine intensivierte Integrationspolitik aus. Für die bangladeschische Regierung ergibt sich daraus der Auftrag, die Integration fortzuführen und Bangladesch zu einem Motor des Integrationsprozesses zu machen.

Benjamin Kühne war ab August 2013 für 9 Monate Freiwilliger bei der NETZ-Partnerorganisation Research Initiatives, Bangladesh und ist Redaktionsmitglied dieser Zeitschrift.

„Regierungen müssen enger zusammenarbeiten!“

Regionale Kooperationen gegen Menschenrechtsverletzungen

Im Gespräch: Shaheen Anam

Shaheen Anam vertritt Bangladesch in dem südasiatischen Menschenrechts-Netzwerk South Asians for Human Rights (SAHR). Hauptamtlich ist sie Geschäftsführerin der Manusher Jonno Foundation in Bangladesch. Mit NETZ spricht sie darüber, was regionale Kooperationen für die Einhaltung von Menschenrechten in Südasien leisten können.

NETZ: Die Region Südasien kann als sehr konfliktbehaftet wahrgenommen werden – sowohl historisch als auch gegenwärtig.

Shaheen Anam: Der Ursprung des Konflikts in Südasien liegt Dekaden zurück, nämlich während der Teilung Indiens 1947. Die Aufteilung Pakistans in einen Ost- und Westteil sowie der Unabhängigkeitskrieg Bangladeschs 1971 sind die Resultate. In Sri Lanka gab es viele Jahre lang schreckliche Gewalt zwischen der Tamil sprechenden Minderheit und den Singhalesen. Die Region hat bewaffnete Konflikte und Unruhen erlebt, die Millionen Menschen das Leben gekostet haben, Familien vertrieben haben, mit Massenvergewaltigungen einhergingen, Lebensgrundlagen zerstört haben.

NETZ: Trotzdem haben die Länder Südasiens Kooperationen aufgebaut, um die Stabilität in der Region zu gewährleisten und wirtschaftlich zusammen zu arbeiten. Welches sind die wichtigsten Kooperationsbündnisse?

Anam: Auf staatlicher werden seit vielen Jahren regionale Bündnisse intensiviert. SAARC ist ohne Zweifel das wichtigste. Die 1985 gegründete formale Kooperation der südasiatischen Landesregierungen hat ihren Sitz in Kathmandu, Nepal. Durch Dialog und Konsens sollen hier alle Herausforderungen in der Region durch SAARC gelöst werden. Auf der Agenda stehen wirtschaftliche Kooperationen, Handelsbarrieren, Wassernutzung und vieles mehr. Visafreiheit innerhalb der südasiatischen Staaten war schon bei verschiedenen Gipfeln ein Thema, scheiterte aber jedes Mal in einem frühen Verhandlungsstadium. Obwohl man sagen muss, dass SAARC bisher kein großer Erfolg ist, so kann man doch festhalten, dass eine solche Einrichtung für eine Region, die von Misstrauen, Armut und anhaltender militärischer Aufrüstung von großer Bedeutung ist.

NETZ: Gibt es über die staatlichen Bündnisse hinaus Zusammenarbeit?

„Die politischen Anstrengungen waren bisher nicht ausreichend, damit die Region stärker von den regionalen Kooperationen profitieren könnte.“

Anam: Die Zivilgesellschaft hat einige nichtstaatliche regionale Kooperationen ins Leben gerufen, um Dialoge und Diskussionen zu ermöglichen. Sie sollen dazu beitragen, dass bei so wichtigen Themen wie Wasser- und Landkonflikten oder beispielsweise Menschenhandel, der innerhalb Südasiens ein großes Problem darstellt, Staaten einen Konsens erzielen und die Probleme gemeinsam angehen können. Besonders für die Einhaltung der Menschenrechte wurden einige Bündnisse eingerichtet, beispielsweise das Südasien Forum für Menschenrechte oder das Netzwerk South Asians for Human Rights. Daneben gibt es auch noch informellere Plattformen, wie beispielsweise das Forum People's SAARC, das Organisationen der Zivilgesellschaft zusammen bringt, mit dem Ziel ihre jeweiligen Regierungen zu beeinflussen, die Interessen der Bevölkerung zu berücksichtigen. In der Regel findet dieses Forum darum vor den SAARC-Gipfeln statt.

NETZ: Welche Vorteile bringen diese Kooperationen? Wie kann speziell Bangladesch davon profitieren?

Anam: Die Region steht vor so vielen Herausforderungen und Problemen: Überbevölkerung, Armut, Menschenhandel, Terrorismus, Aufrüstung von zwei Mächten, die über Nuklearwaffen verfügen, Analphabetismus und vieles mehr. Regionale Kooperationen sind ein Mechanismus, um diese Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Nur durch Dialog können diese Probleme gelöst werden. Bangladesch hat beispielsweise eine Menge Differenzen mit seinen Nachbarn, besonders mit Indien. Das wichtigste und dringendste ist wahrscheinlich die Wassernutzung, da in Bangladesch die Lebensgrundlage von Millionen Menschen davon abhängt. Nicht minder bedeutend sind Tötungen, die an den Grenzen passieren und Menschenhandel. Bangladesch könnte enorm davon profitieren, wenn durch regionale Kooperation Lösungen gefunden werden.

NETZ: Welche Hemmnisse bremsen diese regionalen Initiativen bisher aus?

Anam: Die politischen Anstrengungen waren bisher nicht ausreichend, damit die Region stärker von den regionalen Kooperationen profitieren könnte. Nationale Einzelinteressen stehen oft in Konflikt zueinander und haben bis heute verhindert, dass regionale Zusammenarbeit eine größere Rolle spielen kann. Der Disput zwischen Indien und Pakistan wirkt sich dabei negativ auf die ganze Region aus. Auch kann man feststellen, dass die Haltung der größeren Staaten gegenüber den kleineren für Spannungen und Verstimmung sorgt. Die Interessen beispielsweise Sri Lankas, Nepals oder Afghanistans müssen ernster genommen werden. Gegenseitiger Respekt ist unabdingbar für eine engere Zusammenarbeit.

NETZ: Viele der Staaten Südasiens hatten in der letzten Dekade ein bemerkenswertes Wirtschaftswachstum. Wie ist die Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung sowie Schutz und Förderung von Menschenrechten?

Anam: Indien, Sri Lanka und Bangladesch hatten zwar hohe Wachstumsraten, die Ungleichheit von Einkommen und Ressourcenverteilung ist für einen Großteil der Bevölkerung aber weiter gewachsen. Wirtschaftswachstum und Reduzierung der Armut sind nicht Hand in Hand vorangeschritten. Obwohl teilweise Erfolge erzielt wurden, lebten laut der Weltbank 2010 knapp ein Drittel aller Südasiaten in Armut. Fundamentale Rechte werden tagtäglich verletzt, besonders von denjenigen, die sich nicht zur Wehr setzen können, die keine Stimme haben. Menschenrechte zu respektieren ist eine dringende Notwendigkeit für demokratische Staaten, die gleiche Chancen für alle Bewohner schaffen wollen.

NETZ: SAHR ist ein regionales Netzwerk mit dem Ziel, Menschenrechte in Südasien zu fördern. Welches sind die dringendsten Menschenrechtsthemen in Südasien und wie geht SAHR diese an?

Anam: SAHR wurde von einflussreichen Persönlichkeiten Südasiens gegründet. Ihnen war klar, dass dringend etwas gegen die in der Region vorherrschende Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen getan werden muss. Das Ziel war, einen Mechanismus einzurichten, mit dem Rechtsverletzungen überwacht und Regierungen unter Druck gesetzt werden können.

Außergerichtliche Tötungen, Folter und Hinrichtung von Häftlingen, Menschenhandel, Diskriminierung, Gewalt auf Grund von Geschlecht, Religion oder Ethnie, sind einige der schlimmsten Rechtsverletzungen, mit denen Menschen in Südasien tagtäglich konfrontiert sind. Um gegen diese vorzugehen, übernimmt SAHR

Setzt sich für die Einhaltung von Menschenrechten in Südasien ein: Shaheen Anam.

eine Art Aufpasser-Rolle. Als unabhängige regionale Institution kann es Druck auf Regierungen ausüben, was nationalen Organisationen meistens nicht gelingt.

NETZ: Wie genau macht SAHR das?

Anam: SAHR hat sein Sekretariat in Colombo, Sri Lanka. Die SAHR-Mitglieder, gewählte Vertreter aus allen südasiatischen Staaten, haben beispielsweise Erkundungsmissionen in Länder gemacht, in denen Regierungen undemokratisch die Macht übernommen haben. Außerdem berichtet das Netzwerk über die Situation marginalisierter Gemeinschaften, wie religiöse oder indigene Minderheiten oder die Situation von Inhaftierten in Publikationen.

NETZ: Wie profitieren die Menschen in Bangladesch von der Arbeit von SAHR?

Anam: Menschenrechtsverletzungen, speziell von Gruppen, die ausgegrenzt und machtlos sind, sind in Bangladesch gang und gäbe. Die Arbeit von SAHR sorgt dafür, dass die Regierung Bangladeschs mit diesen Rechtsverletzungen konfrontiert wird und sie so unter Druck gesetzt wird, etwas dagegen zu unternehmen. Das geschieht zum Beispiel durch Pressemitteilungen über Menschenrechtsverletzungen. Zudem werden die Menschen dadurch über Menschenrechte informiert, Bewusstsein über Recht und Unrecht entsteht. Auch die Zivilgesellschaft Bangladeschs profitiert davon, indem Menschenrechtsthemen mehr in den Fokus gerückt werden und sie proaktiver sein können.

NETZ: Welche Rolle spielt die Zivilgesellschaft, wenn es um regionale Kooperation zu Schutz und Förderung von Menschenrechten in Südasien geht?

Anam: Zivilgesellschaftliche Organisationen in der ganzen Region beschäftigen sich mit Rechtsthemen. Eine besonders effektive Zusammenarbeit lässt sich bei Menschenhandel in der gesamten Region verzeichnen. Menschen werden aus Gefängnissen entlassen und wieder mit ihren Familien zusammengeführt, Frauen werden aus Bordellen befreit. Kinder, die als Sklaven verkauft wurden, bekommen ihre Freiheit zurück. Das alles ist nur durch eine enge regionale Zusammenarbeit möglich. Folter und Hinrichtung von Häftlingen wird zwar vermehrt angeprangert, aber die Erfolge fallen bisher noch sehr unbefriedigend aus. Die Regierungen müssen dringend enger zusammenarbeiten, um dem Einhalt zu gebieten.

Dabei müssen sich auch die nationalen Organisationen in der Verantwortung fühlen, mehr Druck auf die Politik auszuüben. Regierungen müssen verantwortlich gemacht werden, sich für die Einhaltung universeller Menschenrechte einzusetzen. Organisationen können das zum Beispiel mit Hilfe der periodisch durchgeführten Universellen Menschenrechtsprüfung des UN-Menschenrechtsrats machen. Das wichtigste ist, dass der Einsatz für Menschenrechte, egal welcher Schicht, Religion, Ethnie oder welchem Geschlecht Menschen angehören, in jedem Land gleichermaßen vorhanden ist.

NETZ: Shaheen Anam, vielen Dank für das Interview.

Das Interview führte Kai Fritze.

Die Lage der Rohingya

Ein Schatten auf den Außenbeziehungen zu Birma

Bangladesch teilt eine 271 km lange Grenze mit seinem südöstlichen Nachbarn Birma. Nach jahrzehntelanger internationaler Isolation Birmas haben sich die Außenbeziehungen Bangladeschs zum Nachbarland nach dessen Öffnung im Jahr 2011 nach langem Stillstand intensiviert. 2011 wurde dort die Militärregierung durch eine formal zivile Regierung abgelöst. Der Demokratisierungsprozess Birmas und die Außenbeziehungen Bangladeschs zu Birma werden allerdings von der Lage der Rohingya überschattet.

Fast 35.000 Menschen der muslimischen Minderheit der Rohingya haben im Juni 2012 die gefährliche Überfahrt mit Booten von Birma nach Bangladesch gewagt. Ein gewaltsamer Konflikt im westlichen Bundestaat Rakhine an der Grenze zu Bangladesch zwischen den Rakhine Burmesen und den Rohingya hat dazu geführt, dass über 140.000 Menschen, überwiegend Rohingya, obdachlos geworden sind. Viele sind in die umliegenden Regionen und in Flüchtlingscamps geflohen. Mindestens 200 Menschen kamen bei den Ausschreitungen ums Leben.

Die Rohingya leben bereits seit mehreren Jahrhunderten, lange vor der britischen Kolonisierung, auf dem Gebiet des heutigen Birmas und Bangladeschs. Die Regierung Birmas betrachtet sie dennoch als illegale Einwanderer aus Bangladesch, die während der Kolonisierung im 19 Jahrhundert nach Birma gekommen seien. Sie bezeichnet die Volksgruppe als „Bengalen“, wodurch hervorgehoben werden soll, dass es sich hierbei nicht um burmesische Staatsbürger, sondern Einwohner aus Bangladesch handelt. Schätzungsweise eine Million Rohingya leben im Rakhine Staat in Birma an der Grenze zu Bangladesch. Da sie nicht als Staatsbürger, sondern als illegale Einwanderer betrachtet werden, genießen sie nur wenige Rechte und sind in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Während des landesweiten Zensus in Birma im Frühjahr 2014 wurden die Rohingya von der Volkszählung ausgenommen.

Lage der Rohingya in Bangladesch

In Bangladesch leben derzeit rund 31.000 Rohingya in Flüchtlingscamps. Schätzungsweise weitere 200.000 bis 400.000 Menschen leben außerhalb der Camps in behelfsmäßigen Unterkünften ohne Zugang zu medizinischer Versorgung, Nahrungsmittelhilfe oder Bildung. Aufgrund knapper Ressourcen wie Land, Wasser und Nahrung kommt es hier immer wieder zu Spannungen. Rohingya werden immer wieder beschuldigt, in Drogenhandel und Waffenschmuggel an der Grenze verwickelt zu sein.

Bangladesch ist, wie Birma, kein Vertragsstaat der Genfer Flüchtlingskonvention und hat kein Gesetz, das Flüchtlinge und Asylsuchende schützt. Nach Meinung der aktuellen Regierung Bangladeschs sind die Rohingya „illegale burmesische Staatsbürger“ und sieht sich nicht in der Pflicht, den Rohingya humanitäre Hilfe zukommen zu lassen und sie als Flüchtlinge anzuerkennen. Internationale Bestürzung haben Meldungen hervorgerufen, dass Bangladesch bis zu 1.300 Bootsflüchtlinge aus Birma wieder auf die offene See zurückgestoßen habe, die nach den Unruhen in Birma im Juni 2012 versuchten, dorthin zu fliehen.

Die Frage bleibt also weiterhin ungelöst, wie die Lage der Rohingya verbessert werden kann. Sie belastet die Außenbeziehungen zwischen beiden Ländern. Auch internationaler Druck blieb bisher erfolglos. Selbst Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, die sich während der Führung der Militärregierung für die Demokratisierung des Landes stark gemacht hat, schweigt zu der Frage.

Verlauf der Seegrenze

Die Rohingya-Problematik ist allerdings nicht die einzige Frage, die die Beziehungen zu Birma prägen. In einem lang andauernden Streit über den Verlauf der Seegrenze hat der Internationale Seegerichtshof im März 2012 eine für Bangladesch vorteilhafte Entscheidung getroffen. In dem Urteil wird Bangladesch eine 111.000 km2 große, exklusive Wirtschaftszone im Golf von Bengalen zugestanden, in der beträchtliche Öl- und Gasvorkommen vermutet werden. Birma hat das Urteil ohne Beanstandung respektiert.

Neben der Seegrenze ist auch die Landgrenze eine Herausforderung für die Zusammenarbeit beider Länder. Birma begann 2009 einen 64 km langen Abschnitt der Grenze mit Stacheldraht zu befestigen, vermeintlich um terroristische Aktivitäten sowie den Menschenhandel und Drogenschmuggel zu bekämpfen. Im Juni 2014 kam es zu einer Schießerei zwischen Grenzsoldaten beider Länder. Dabei wurde ein bangladeschischer Soldat getötet.

Chancen der Zusammenarbeit

Beide Länder haben Großprojekte anvisiert, um ihre wirtschaftliche und regionale Kooperation zu intensivieren. Nach dem Besuch von Premierministerin Sheikh Hasina in Birma Ende 2011, wurde die Einrichtung einer gemeinsamen Kommission zur bilateralen Zusammenarbeit beschlossen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Birma und Bangladesch ist allerdings noch sehr gering, was unter anderem an der für den Güterverkehr kaum nutzbaren Landverbindung liegt.

„Da die Rohingya weder die bangladeschische noch burmesische Staatsbürgerschaft besitzen, sind sie Staatenlose und weder in Bangladesch noch Birma willkommen.“

Bereits im Juni 2007 unterzeichneten beide Länder ein Abkommen über die Errichtung einer 25 km langen Fernstraße zwischen beiden Ländern. Bangladesch strebt zudem den Bau eines großen, transnationalen Eisenbahnnetzes an. Die chinesische Provinz Yunnan, die im Südwesten Chinas an Birma angrenzt, soll mit einer Bahnverbindung durch Birma an Chittagong in Bangladesch angebunden werden. Bangladesch erhofft sich dadurch einen intensivierten Handel zwischen den drei Ländern. Überdies findet die Regierung Bangladeschs gefallen an dem von den Vereinten Nationen vorgeschlagenen transasiatischen Gütereisenbahnnetz, das durch die Türkei, Bangladesch und Birma führen soll.

Ausblick

Die Außenbeziehungen zwischen Bangladesch und Birma waren lange Zeit wenig aktiv und wurden erst seit der Öffnung Birmas wiederbelebt. Die Beziehungen beider Länder sind weiterhin durch die Lage der Rohingya belastet. Die gemeinsam anvisierten Projekte, wie der Ausbau der Landverbindung und der weitere Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, könnten allerdings eine Chance eröffnen, sich auch unbequemen Themen zu widmen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten.

1989 wurde Birma von dem damals herrschenden Militärregime in Myanmar umbenannt. NETZ verwendet weiterhin den Landesnamen Birma.

Der Autor arbeitet in Birma für eine Hilfsorganisation, die Unterstützung für Rohingya leistet. Er möchte namentlich nicht genannt werden.

Grenzen, Wasser, Migration

Die Beziehung zwischen Bangladesch und Indien

Text: Linda Wallbott

Die Beziehung zwischen Bangladesch und Indien kann als kompliziert bezeichnet werden. Historisch sind beide Länder eng verwoben. Nach dem Ende der britischen Kolonialherrschaft 1947 wurde die Provinz Bengalen zweigeteilt: Westbengalen, mehrheitlich von Hindus bewohnt, wurde ein Bundesstaat der Indischen Union; Ostbengalen, mit seiner muslimischen Mehrheit, eine Provinz Pakistans. Im zweigeteilten damaligen Pakistan entwickelte sich seit März 1971 ein bewaffneter Konflikt, in den Indien im Dezember desselben Jahres auf der Seite der ostpakistanischen Unabhängigkeitsbewegung militärisch eingriff. Die militärische Unterstützung Indiens führte letztlich zum Sieg Ostpakistans und damit zum unabhängigen Staat Bangladesch. Trotz dieser gemeinsamen Geschichte und der nach wie vor bestehenden engen sprachlichen, kulturellen und familiären Bande zwischen Bangladesch und insbesondere dem indischen Bundesstaat Westbengalen haben sich in der Folgezeit keine wirklich engen und guten Beziehungen zwischen beiden Ländern herausgebildet. Dies hat – so der Politikwissenschaftler Thorsten Wojczewski von der Universität Kiel – vor allem wirtschaftliche und politische Gründe, wie beispielsweise die Sorge auf Seiten Bangladeschs, um eine indische Vormachtstellung in der Region.

Wasser und Grenzüberschreitungen

Insbesondere die Nutzung natürlicher Ressourcen ist immer wieder Streitpunkt zwischen Bangladesch und Indien. Die beiden Länder teilen auf circa 4.000 Kilometer eine gemeinsame Grenze und 54 grenzüberschreitende Flüsse. Dabei ist Bangladesch in Bezug auf die Landesgrenze von Indien fast vollständig umschlossen. So ist die Wasserversorgung Bangladeschs abhängig von Indien, das die Oberläufe aller wichtigen Flüsse kontrolliert, die Bangladesch durchqueren, und somit durch Dämme die Wasserzufuhr ins Nachbarland beeinflussen kann. Momentan ist besonders der geplante Bau des Tipaimukh-Wasserkraftwerks im indischen Bundesstaat Manipur, durch den die Wassermenge im Fluss Barak, und damit auch des Meghnas, gedrosselt werden könnte, potentiell eine große Bedrohung für die Agrar- und Forstwirtschaft im Nordosten Bangladeschs. Denn dort sind die Menschen für Landwirtschaft besonders auf Flusswasser zum Beispiel aus gemeinsamen Flüssen angewiesen. Vor diesem Hintergrund gründeten beide Länder bereits 1972

Literaturhinweise

- Human Rights Watch: www.hrw.org
- Pattanaik, Smruti S (2014) Putting India Bangladesh relations in fast track, in The Daily Star June 25, 2014
- Thakar, Milind (2010) Indo-Bangladesh Relations. The Puzzle of Weak Ties, in Ganguly, Sumit (Hrsg) India's Foreign Policy. Retrospect and Prospect. Oxford: Oxford University Press, 62-82.
- Waligora, Melitta (2012) Die Grenze zwischen Indien und Bangladesh als Konfliktzone, in Südasien-Chronik 2/2012, 235-270.

Foto: Niko Richter

Jugendliche spielen im bangladeschischen Durgapur an der Grenze zu Indien Fußball. Im Jahr 2013 wurden der Menschenrechtsorganisation Ain o Shalish Kendra zufolge 26 Menschen an der Grenze vom indischen Grenzschutz getötet.

eine gemeinsame Fluss-Kommission und schlossen im Jahr 1996 ein Abkommen, das für die nächsten 30 Jahre die Aufteilung des Gangeswassers regeln sollte, aber aus Sicht Bangladeschs keine gerechte Verteilung sicherstellt.

Ein weiterer, seit mehr als drei Jahrzehnten währender Wasser-bezogener Konflikt zwischen Indien und Bangladesch wurde Anfang Juli 2014 vom Internationalen Seegerichtshof entschieden: die Demarkierung der Seegrenze zwischen beiden Ländern war lange Zeit immer wiederkehrendes Konfliktthema, da beide Länder Interesse an der möglichen Ausbeutung von Gas- und Ölvorkommen im Golf von Bengalen haben. Zum vormals ebenfalls strittigen Verlauf der Seegrenze zwischen Birma und Bangladesch hat er das bereits 2012 getan. Die Urteile wurden von Bangladeschs Regierung positiv aufgenommen.

Gegenwärtig sorgen vor allem die Themen Schmuggel und illegale Immigration zwischen Bangladesch und Indien immer wieder für Spannungen zwischen beiden Ländern. Schätzungen zufolge – offizielle Statistiken sind nicht verfügbar – halten sich zwischen 3 und 20 Millionen Bangladeschis illegal im Nachbarland auf, ein knappes Zehntel davon in Westbengalen. Darüber hinaus hat die indische Regierung Bangladesch immer wieder vorgeworfen, militante separatistische Gruppen im Grenzgebiet zu unterstützen, sie mit Waffen und finanziellen Ressourcen zu versorgen

Partnerschaft Entwicklung Gerechtigkeit

NETZ বাংলাদেশ

Die Bangladesch-Zeitschrift NETZ ist seit 35 Jahren eine wichtige Informationsquelle zu Bangladesch in deutscher Sprache.

Jede Ausgabe widmet sich einem Schwerpunktthema. Fundiert und engagiert kommen Expertinnen, Experten und Betroffene zu Wort: zu Themen der Entwicklungsarbeit, der Menschenrechte und der Gesellschaft. Zudem berichtet die Zeitschrift über aktuelle politische Ereignisse in Bangladesch und informiert über die Kunst des südasiatischen Landes.

Die Bangladesch-Zeitschrift NETZ erscheint vierteljährlich und kostet 20 € im Jahr. Für mehr Informationen oder zum Abonnieren der Zeitschrift kontaktieren Sie bitte:

NETZ Bangladesch-Zeitschrift
Moritz-Hensoldt-Str. 20
35576 Wetzlar
Tel.: 06441 - 97 463 0
Fax: 06441 - 97 463 29
E-Mail: zeitschrift@bangladesch.org

Sie können die Zeitschrift auch unter www.bangladesch.org abonnieren, einzelne Ausgaben bestellen und Artikel zu Schwerpunktthemen herunterladen.

und nicht entschieden gegen die Ausbildung der Separatisten auf bangladeschischem Gebiet vorzugehen. So werden beispielsweise die Naxaliten, kommunistisch-maoistische Rebellen, die einen sogenannten Volksbefreiungskrieg gegen den indischen Staat führen, als größte interne Bedrohung für die nationale Sicherheit dargestellt. Auch hat der neue Innenminister Indiens, Vorsitzender der kürzlich erfolgreich aus den nationalen indischen Wahlen hervorgegangenen hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP), Rajnath Singh, noch vor einigen Jahren vor grenzüberschreitendem Terrorismus aus Gebieten östlich von Indien gewarnt. Auch drohende „Überfremdung“ und Verlust von Arbeitsplätzen für indische Arbeitnehmer werden immer wieder als negative Folgen illegaler Migration genannt. Die beiden indischen Vorgängerregierungen hatten hierfür eine scheinbar einfache Lösung: zunehmende Militarisierung, Bau eines 4 Meter hohen, teilweise unter Strom gesetzten Stacheldrahtzauns entlang der Grenze zwischen Indien und Bangladesch und sehr offensive „Verteidigungsstrategien“ der indischen Sicherheitskräfte. So sind nach Medienangaben zwischen 2000 und 2011 circa 1.000 Bangladeschis von indischen Soldaten an der Grenze getötet und ebenso viele verwundet worden. Der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch zufolge sind dabei allerdings vor allem Bauern und Arbeiter, die sich jenseits der Grenze ihren Lebensunterhalt finanzieren oder aus familiären Gründen immer wieder die Grenze passieren, sowie die Bewohner bangladeschischer Enklaven auf indischem Gebiet gefährdet, am Grenzzaun erschossen oder verletzt zu werden.

Die jüngere Geschichte

Generell waren die vergangenen Jahre dennoch eher von beidseitigem Bemühen um Entspannung der konfliktträchtigen Beziehungen geprägt. Sowohl die indische Regierung unter Führung der Kongresspartei von 2004 bis 2014 wie auch die bangladeschische Regierung von Sheikh Hasina, seit 2008 Premierministerin, engagierten sich dafür in regelmäßigen Regierungskonsultationen. Insbesondere Bangladeschs Premierministerin hat – nicht zuletzt angesichts der hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten des Nachbarlandes – großes Interesse an einem weiteren Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Für Indien hingegen sind stabile Beziehungen zu Bangladesch unter anderem deshalb wichtig, um durch Transit und die Nutzung der Häfen von Chittagong und Mongla seine eigenen nordöstlichen Regionen ökonomisch weiterzuentwickeln. So wurde die Senkung indischer Importzölle beschlossen – heute ist Indien der größte bilaterale Handelspartner Bangladeschs – und 2011 beim Besuch des damaligen indischen Premierministers Manmohan Singh auch eine Vereinbarung zur Neuziehung von Grenzen und zum Austausch von 162 Enklaven verabschiedet. Schwierigkeiten gibt es allerdings nach wie vor: Die Umsetzung des Abkommens wurde zuletzt im Frühjahr 2014 von indischen Regionalpolitikern blockiert. Auch eine weitere Regelung zum geplanten indischen Wasserkraftwerk am Oberlauf des Tista-Flusses scheiterte bereits 2011 ebenso wie die Verabschiedung eines Transitabkommens, durch das Indien Zugang zu seinen nordöstlichen Gebieten erleichtert werden sollte.

Aktuell ist auch die Frage, ob der Annäherungskurs nach den Parlamentswahlen im Jahr 2014 in beiden Ländern fortgesetzt werden wird, noch nicht abschließend zu beantworten. So ging einerseits erneut die Awami League von Sheikh Hasina als stärkste Kraft aus den von der Opposition boykottierten Parlamentswahlen in Bangladesch hervor. Andererseits setzte sich in Indien die hindu-nationalistische BJP durch, wobei nach Einschätzung von Beobachtern die Außenpolitik bei Wahlen traditionell eine untergeordnete Rolle spielt. Erste Schritte der neuen Regierung weisen nun entgegen einigen pessimistischen Stimmen aber durchaus darauf hin, dass sich die regionale Kooperation, beispielsweise im Energiebereich, weiter vertiefen wird.

Linda Wallbott ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsbereich für Internationale Politik an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und promoviert an der Goethe-Universität Frankfurt/Main zum Thema ‚Gerechtigkeit in der internationalen Umweltpolitik‘.

Meldungen aus Bangladesch

Foto: Moritz Marbach

Rana-Plaza

Am 24. April 2014 jährte sich der tragische Einsturz des Rana-Plaza-Gebäudes in Savar, der 1.131 Menschen das Leben kostete und bei dem über 2.400 Personen schwer verletzt wurden. In dem Gebäude befanden sich unter anderem fünf Textilfabriken, ein Großteil der Opfer des Unglücks waren junge Näherinnen. Begleitet wurde der Jahrestag von Demonstrationen in Bangladesch und in vielen anderen Ländern gegen schlechte Arbeitsbedingungen und mangelnde Sicherheitsstandards in der Textilindustrie.

Die Familien der Todesopfer und die Verletzten mussten ein Jahr warten, bis erste Entschädigungszahlungen aus einem Fonds gezahlt wurden, der von der Internationalen Arbeitsorganisation ILO verwaltet wird. Die Unternehmen mit Produktionsbeziehungen zu den Fabriken im Rana-Plaza-Gebäude sind aufgefordert, Entschädigungszahlungen in diesen Fonds einzuzahlen. Derzeit fehlen jedoch noch knapp 18 Millionen Euro. Unter den Firmen sind unter anderem auch KiK, Adler Modemärkte, NKD, KANZ/Kids Fashion Group, Güldenpfennig, Mango, Benetton und C&A. Ein Großteil von ihnen hat entweder noch gar nicht oder nicht ausreichend in den Fonds eingezahlt. Laut der Kampagne für Saubere Kleidung habe von den deutschen Firmen bisher allein die Firma Güldenpfennig einen, gemessen an der Größe des Unternehmens, akzeptablen Betrag an den Fonds überwiesen.

In Folge der Tragödie von Savar wurden laut des bangladeschischen Textilverbandes BGMEA landesweit 176 Fabriken geschlossen. Gründe dafür seien, dass Produzenten weniger Aufträge in Bangladesch platziert hätten und zudem höhere Löhne und Gebäudesicherheit gefordert würden. Zudem seien unabhängige Experten beauftragt worden, die Fabriken des Landes bezüglich der Gebäudesicherheit zu prüfen, was weitere Schließungen zur Folge haben könne. Die ersten sechs Fabrikschließungen allerdings, die die Kontrolleure forderten, wurden von den zuständigen Behörden verhindert. Streitpunkt ist die Qualität des Betons, der in den Fabriken verbaut wurde.

Fährunglück

Bei einem Fährunglück auf dem Fluss Meghna kamen am 15. Mai 2014 mindestens 54 Menschen ums Leben. Etwa 100 Passagieren war es gelungen, sich ans Ufer zu retten. Das Schiff MV Miraz kenterte etwa 40 Kilometer südlich der Hauptstadt Dhaka, wo es in ein Gewitter geraten war. Starke Strömungen erschwerten die Rettungs- und Bergungsarbeiten. An Bord des Schiffes waren zum Zeitpunkt des Unglücks mehr als 200 Menschen, obwohl die Fähre auf maximal 122 Passagiere ausgelegt war. Die Regierung Bangladeschs versprach den Familien der Opfer Entschädigungen in Höhe von jeweils etwa umgerechnet 740 Euro. Immer wieder kam es in der Vergangenheit in Bangladesch zu Schiffsunglücken: 2010 kamen mehr als 160 Menschen bei drei Schiffsunglücken innerhalb von nur einem Monat ums Leben.

Solarbranche

Bangladeschs Solarbranche schafft neue Arbeitsplätze, das zeigt eine aktuelle Studie der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien IRENA. Demzufolge seien 114.000 neue Beschäftigungsverhältnisse in den vergangenen zehn Jahren entstanden. Allein zwischen 2011 und 2013 habe sich die Zahl der Angestellten in diesem Sektor verdoppelt. Bemerkenswert sei zudem, dass der Arbeitsmarkt Bangladeschs von der Textilindustrie und niedrigen Lohnstrukturen geprägt sei, die Arbeitsplätze in der Solarbranche aber eine höhere Qualifikation erfordern. In Bangladesch werden jährlich bis zu 80.000 Photovoltaikanlagen installiert.

NGO-Gesetzgebung

Das Kabinett Bangladeschs hat am 2. Juni 2014 ein neue NGO-Gesetzgebung verabschiedet. Das bangladeschische Büro für NGO-Angelegenheiten hatte im Oktober 2011 damit begonnen, eine neue NGO-Gesetzgebung zu erarbeiten. Die Behörde ist direkt der Premierministerin unterstellt und ist dazu befugt, die Aktivitäten von NGOs, die mit ausländischen Geldern arbeiten, zu koordinieren und zu regulieren. Laut Regierung soll die Gesetzesnovelle die Rechenschaftspflicht der NGOs verbessern. NGOs wurden zwar teilweise zu Konsultationen hinzugezogen, Bedenken von Seiten der NGOs, die neue Gesetzgebung drohe die Handlungsspielräume zivilgesellschaftlicher Akteure einzuschränken, konnten aber bis zuletzt nicht ausgeräumt werden. Die Novelle soll in Kürze dem Parlament zur Lesung vorgelegt werden.

Außergerichtliche Gewalt

Anfang Mai 2014 wurden Medienberichten zufolge sieben Menschen im Narayanganj-Distrikt östlich von Dhaka von Mitgliedern der paramilitärischen Spezialeinheit Rapid Action Battalion (RAB) entführt und ermordet. Die genauen Hintergründe sind bisher nicht bekannt. Verhaftet wurden bisher drei Angehörige der Spezialeinheit. Unter den Opfern befindet sich auch ein gewähltes Mitglied des Stadtrates. Dessen Schwiegervater beschuldigt RAB-Mitglieder die Morde begangen und dafür etwa eine halbe Million Euro erhalten zu haben.

Der siebenfache Mord in Narayanganj hat die Debatte um die Auflösung des RAB neu entfacht. Die Spezialeinheit war 2004 von der Regierung unter Ministerpräsidentin Khaleda Zia ins Leben gerufen worden. Die Spezialeinheit steht aber seit ihrer Gründung in der Kritik, auf der Jagd nach Verbrechern Verdächtigte gezielt zu töten und in Verhören zu foltern. Auch haben Menschenrechtsverteidiger immer wieder darauf hingewiesen, dass unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft unter Repressalien zu leiden haben. In einem Bericht von Amnesty International aus dem Jahr 2011 heißt es, RAB habe seit der Gründung 2004 mindestens 700 Menschen getötet. Meldungen bangladeschischer Menschenrechtsorganisationen zufolge wurden im Zeitraum Januar bis März 2014 58 Menschen durch Angehörige staatlicher Sicherheitskräfte, darunter RAB, Polizei und Armee, getötet.

Unklar ist, welche Rolle staatliche Sicherheitskräfte im Rahmen der jüngsten Attacken gegen führende Menschenrechtsverteidiger spielen. So konnte sich Nur Khan, der Direktor der Menschenrechtsorganisation Ain o Shalish Kendra, am 15. Mai 2014 nur knapp einem Entführungsversuch widersetzen. Der Menschenrechtsverteidiger hatte sich in der Vergangenheit mehrfach kritisch über außergerichtliche Gewalt geäußert.

Meldungen zusammengestellt von: Dirk Saam und Kai Fritze

Foto: Bernhard Hertlein

„Das sind doch nur Einzelfälle“

Die Acid Survivors Foundation unterstützt die Opfer von Säureattentaten

Text: Bernhard Hertlein

Laut Amnesty International ist die Zahl von Säureattentaten nirgendwo so hoch wie in Bangladesch. 73 Prozent der Opfer sind Frauen.

Sie redet nicht viel. Warum auch? Majeda Begum hat schon so oft von dem Tag erzählt, der ihr Leben so dramatisch verändert hat. Sie war damals 20, und seit etwa vier Jahren verheiratet. Sie hatte Streit mit ihrem Mann. Er forderte wieder einmal Geld. Sie solle es von ihren Eltern besorgen.

Majeda weigerte sich. Sie hatte schon öfter ihre Eltern angepumpt. Wofür? Sie wusste es nicht. Das letzte Mal, als sie ihm Geld gegeben hatte, war er anschließend mehrere Tage lang verschwunden. Für Alkohol? Drogen? Glücksspiel? Andere Frauen? Sie wusste es nicht. Sie wusste nur, dass ihre Eltern alles, was sie der Tochter geben, hart ersparen müssen. Daher sagte sie dieses Mal nein. Doch er schrie. Schließlich schlug er sie. Als sie immer noch nicht nachgab, lief er weg. Kurze Zeit später kam er um die Ecke, in seiner Hand eine Flasche. Majeda duckte sich. Doch da hatte die Säure schon Arme und Beine getroffen. Es brannte wie Feuer. Ein Nachbar brachte sie ins Krankenhaus. Von da ging es direkt weiter in die nächste und übernächste Klinik. Erst hier, in der Station für Verbrennungskranke in der Medizinischen Hochschule Dhaka, konnte ihr geholfen werden.

Später wurde Majeda Begum bei der Acid Survivors Foundation (ASF) im Stadtteil Banani aufgenommen. Ihre Wunden sind vernarbt. Die Schmerzen blieben. Die körperlichen, vor allem, wenn es so heiß ist wie jetzt im Mai. Und die seelischen. Majeda ist heute 32 Jahre alt, lebt, wenn sie nicht zur Nachbehandlung in Dhaka ist, bei den Eltern. Ihren Mann hat sie angezeigt. Er wurde sogar verurteilt. Doch solange das Gericht nicht über die Berufung entschieden hat, ist er – auch zwölf Jahre nach der Tat – weiter auf freiem Fuß.

„Wir werden sie juristisch begleiten, bis ihr Mann bestraft worden ist“, sagt Shelina Ahmed. Sie hat vor gut einem Jahr, Anfang Juli 2013, die Geschäftsführung von ASF übernommen. Davor hatte sie für die internationale Arbeitsorganisation ILO und für Save the Children gearbeitet. Shelina Ahemd ist Nachfolgerin von Monira Rahman, die die Organisation gegründet und aufgebaut hat. Sie steht ihr noch als Beraterin zur Verfügung, will sich aber ansonsten neuen Aufgaben widmen. Monira Rahman will nun dazu beitragen, dass psychisch

Kranke in Bangladesch eine Chance auf medizinische Behandlung erhalten. Im Augenblick sind sie, von Ausnahmen abgesehen, sich selbst überlassen. Viele sterben früh auf der Straße.

Zur Arbeit für die Überlebenden von Säureattentaten ist Monira Rahman Ende der 1990er Jahre gekommen. In der Medizinischen Hochschule Dhaka war sie bei einer Patientinnen-Befragung auf eine Frau gestoßen, die von einem Mann mit Säure überschüttet worden war. Sie hatte sich geweigert, mit ihm eine Beziehung einzugehen. Nun lag sie im Krankenhaus, von allen separiert, wimmernd in einer Ecke. Die Wunden kaum versorgt, von unvorstellbaren Schmerzen gepeinigt, auf nichts als den Tod wartend.

Monira Rahman fand schnell heraus, dass das Schicksal der Frau in Bangladesch kein Einzelfall war. Unterstützt von UNICEF und dem britischen Arzt Dr. John Morrison gründete sie ASF. Eine ihrer ersten Aufgaben sah sie darin, herauszufinden, wie oft Frauen Opfer von Säureattentaten wurden. Damit stieß sie bei der Mehrheit zunächst auf tiefe Ablehnung. „Du ziehst unser Land in den Dreck“, wurde ihr vorgehalten. „Du gefährdest die ausländische Hilfe, von der wir abhängig sind.“ „Das sind doch nur Einzelfälle.“

Monira Rahman bewies das Gegenteil. Von Mai bis Dezember 1999 zählte sie 138 Opfer und 234 im darauffolgenden Jahr. 2002 war der Höhepunkt mit 490 erreicht. Seitdem trägt die Arbeit von ASF Früchte und die Zahl sinkt „Allerdings sind es noch immer zu viele“, sagt Monira – auch noch 2013. Da waren es im gesamten Jahr erst zum zweiten Mal seit der ASF-Gründung weniger als 100. In diesem Jahr scheint die Zahl noch einmal zurückzugehen. Bis Ende Mai 2014 waren es 23. In anderen Ländern – Indien, Pakistan, Kambodscha, Malaysia, Uganda – steigt die Zahl der Säureattentate dagegen. In Indien werden sie nach wie vor nicht erfasst. Die Acid Survivors Foundation India schätzt sie auf jährlich 100 bis 500.

Ziel der ersten Maßnahmen nach der Gründung von ASF war eine weitaus verbesserte medizinische, soziale und psychotherapeutische Unterstützung für die Überlebenden der Säureanschläge. Monira Rahman holte sie aus der Isolation und Opferrolle heraus. Als Menschenrechtsverteidigerinnen treten viele jetzt selbst in der Öffentlichkeit auf, fordern Solidarität und Gerechtigkeit. Dafür erhielt sie 2006 den Menschenrechtspreis der deutschen Sektion von Amnesty International. Obwohl der Besitz von Säure gesetzlich limitiert ist und obwohl Säureattentätern harte Strafen drohen, bleiben 88% der Anschläge ungesühnt. Shelina Ahmed, will die verbesserte juristische Aufarbeitung zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machen.

Im gleichen Zimmer wie Majeda Begum liegt die erst 16-jährige Masuda Akhter Moni. Ihre Mutter Shulika Parvin hat sie von Rangpur begleitet. Ihr Fall steht für viele. Ein zehn Jahre älterer Nachbar wollte sie heiraten. Sie lehnte ab und sagte, sie müsse erst ihre Ausbildung beenden. Er wartete mit der Säure vor der Toilette außerhalb des Hauses. Zum Glück setzte die medizinische Behandlung relativ schnell ein – auch ein Erfolg von ASF, die landesweit auf Erst-Hilfe-Einrichtungen dringt. Ihr Auge konnte allerdings nicht gerettet werden.

Die 38-jährige Rowshan Ara, untergebracht im gleichen Zimmer, wurde Opfer eines Säureanschlags, weil die Familie ihr Land nicht hergeben wollte. Der Täter überfiel sie, als sie gerade die Reste vom Essen wegräumte. Ihr Mann konnte sie nicht beschützen; er sorgt in Malaysia als Gastarbeiter für den Familienunterhalt. Doch die Schwiegermutter, die im gleichen Haus lebt, sah den Verbrecher. Trotzdem wurde er nicht verhaftet, tauchte schließlich unter. „Die Polizei hat doch kein Interesse an meinem Fall“, klagt Rowshan Ara. Der Täter zählt im Dorf zu den Reicheren. Vielleicht hat er die Polizisten bestochen. Beweisen kann man es nicht.

Landkonflikte sind – nach verschmähten „Lieben“ und Mitgift-Streitfällen – dritthäufigste Ursache von Säureanschlägen in Bangladesch. Da zählen auch Männer zu den Opfern. Genauso oft allerdings werfen die Täter die Säure auf die Frau: „Verweigerst du mir mein Eigentum, zerstöre ich deinen wertvollsten Besitz.“ 55 der 85 Säureopfer waren auch 2013 weiblich.

Bernhard Hertlein ist Sprecher der Bangladesch-Ländergruppe von Amnesty International und Mitglied des Bangladesch-Forums.

Kick it!

Wie Fußball Südasien verbindet

Text: Sven Wagner

Die Fußball-Weltmeisterschaft in Brasilien ist zu Ende und viele Menschen in Bangladesch haben das Spektakel beobachtet. Obgleich die eigene Nationalmannschaft gegenwärtig auf dem FIFA-Weltranglistenplatz 163 von 207 geführten Ländern rangiert – Fußball ist in Bangladesch und in ganz Südasien beliebt und verbindet die Länder des Subkontinents auf unterschiedliche Weise. In Pakistan wird der Großteil der offiziellen FIFA-Fußbälle produziert. Indiens sportbegeisterter Osten hat ein großes Faible für den ehemaligen deutschen Nationaltorhüter Oliver Kahn, weswegen er sein Abschiedsspiel mit dem FC Bayern München 2010 in Kolkata gegen das indische Traditionsteam Mohun Bagan bestritt. Und selbst in den entlegensten Dörfern in Bangladesch finden sich an Hauswänden die Nationalflaggen Brasiliens und Argentiniens, die vom Mitfiebern bei Fußball-Weltmeisterschaften zeugen.

Es gibt viele populäre Sportarten, die ihre Anfänge auf dem Subkontinent zumeist während der Zeit der britischen Herrschaft im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert genommen haben: Tennis, Golf, Schießen und Pool-Billard sind nur wenige davon. Weil die Anfänge der Machtergreifung der britischen East India Company in Südasien seit 1690 in Bengalen lagen, gilt die Region als Wiege dieser Sportarten, also auch des Fußballs. Europäische Händler und Militärs brachten ihn nach Südasien, gründeten erste Vereine und stifteten 1889 den Pokal für das erste dokumentierte Fußballturnier Indiens, der „Trades Cup“.

Als Fußballvater Indiens gilt der Bengale Nagendra Prasad. Der Überlieferung nach hat er 1879 als 10-jähriger seine Mutter durch Kolkata begleitet und im Maidan-Park britische Besatzungssoldaten Fußball spielen sehen. Als der Ball neben ihm gelandet war, soll ein Soldat ihm zugerufen haben: „Spiel ihn mir rüber“. Daraufhin begeisterte sich Prasad für die Sportart und viele junge Männer taten es ihm gleich. In den 1880er und 1890er Jahren wurden die ersten Fußballvereine im damals noch nicht geteilten Bengalen, also dem heutigen indischen Bundesstaat Westbengalen und Bangladesch, von Einheimischen sowie Kolonialisten gegründet. Prasad schuf den Verein Mohammedan Sporting Club in Kolkata – er gilt als erster Fußballverein in Britisch-Indien. In Dhaka wurde ein Ableger von Mohammedan in den 1930er Jahren gegründet. Die Mannschaft ist noch heute in der Bangladesh Premier League, der höchsten Fußball-Liga, präsent.

Während der Kolonialzeit bargen die von den Briten importierten Sportarten und insbesondere Fußball besonderes Prestige. Für die indische Mittel- und Unterschicht boten sie die Möglichkeit, sich mit den britischen Militär-Eliten zu messen und beförderten das Selbstbewusstsein der Bevölkerung. So bekam der Fußball zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch die aufstrebenden nationalistischen Bewegungen Indiens auch politische Brisanz. 1911 gewann das indische Team Mohan Bagan den Meistertitel der 1893 gegründeten Indian Football Association. Im Finale hatten sich die Einheimischen gegen die aus Engländern bestehende East Yorckshire Mannschaft mit 2:1 durchgesetzt. Zeitungsberichten zufolge haben damals 19.000 Menschen das Spiel angesehen, bis zu 100.000 sollen sich rund um das Stadion versammelt haben. Noch heute wird sich erzählt, dass die Bürger Bengalens den Sieg sogar ausgiebiger gefeiert haben, als den Nobelpreis von Rabindranath Tagore im Jahr 1913.

Seit 1947 auch in Dhaka ansässig: Der Traditionsverein Mohammedan SC aus Kolkata.

Sven Wagner ist NETZ-Referent für Öffentlichkeitsarbeit. Als Freiwilliger war er ab August 2011 für 12 Monate bei der NETZ-Partnerorganisation MJSKS in Kurigram.

25 Jahre NETZ e.V.

Ein Fest für die Menschenwürde in Bangladesch

Text: Florian Albrecht

Die Zeitschrift NETZ berichtet seit 35 Jahren über Bangladesch. Der Verein NETZ tritt seit seiner Gründung vor 25 Jahren für die Rechte der am stärksten benachteiligten Menschen in Bangladesch ein. Aus diesem Anlass kamen rund 200 Freunde, Interessierte und Unterstützer am 24. Mai 2014 in Wetzlar zusammen. In den Räumlichkeiten der Seniorenresidenz Philosophenweg feierten sie die bisherigen Erfolge und diskutierten die Rolle einer Organisation wie NETZ in der Entwicklungszusammenarbeit. „Es ist wirklich eine große Freude für uns, so viele Freunde begrüßen zu können“, empfing der NETZ-Vorsitzende Manfred Krüger die 200 Gäste. NETZ-Mitarbeiterinnen stellten die aktuelle Arbeit vor. Bharati Avireddy beeindruckte die Gäste mit Bharathanatyam-Tänzen.

Die anschließenden Gesprächsrunde widmete sich der Frage: „Was kann eine Organisation wie NETZ verändern?“ Es nahmen teil: die entwicklungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Sibylle Pfeiffer, Edda Kirleis von Brot für die Welt, Wetzlars Oberbürgermeister Wolfram Dette, Jürgen Kretz vom Bundesentwicklungsministerium, der Filmemacher Shaheen Dill-Riaz sowie Manfred Krüger. Steffen Gross von der Wetzlarer Neuen Zeitung moderierte die Gesprächsrunde.

25 Jahre NETZ - Der Erfolg in Zahlen

Insgesamt 194.599 Menschen hat NETZ mit seinem Programm „Ein Leben lang genug Reis“ bereits erreicht. 140.000 haben dauerhaft den Hunger besiegt. Seit der Gründung des Vereins vor 25 Jahren erhielten 45.037 Mädchen und Jungen eine Grundschulbildung in Schulen, die von NETZ aufgebaut und gefördert wurden. 34.584 Frauen und Männer wurden als Menschenrechtsaktivisten zum Schutz der elementaren Rechte geschult.

Foto: Florian Albrecht

Der wiedergewählt NETZ-Vorstand. Von links: Heike Proelß, Dr. Bernhard Höper (stell. Vorsitzender), Dr. Dieter Klein, Manfred Krüger (Vorsitzender), Felicitas Qualmann (stell. Vorsitzende), Max Stille, Abdullah Al-Farooq.

Hauptamtliche und Aktive zur Arbeit von NETZ

Peter Dietzel, Geschäftsführer: „Hunger ist Gewalt. Die Ursachen sind nicht etwa Naturkatastrophen. Er hat strukturelle Gründe: Ungerechtigkeit im Weltagrarhandel, Klimawandel, eiskalte Gleichgültigkeit, schlechte Entwicklungspolitik und das Machtgefüge in Bangladesch – sodass Landarbeiter in Notzeiten 300% Zins für einen Sack Reis bezahlen oder indigenen Bevölkerungsgruppen ihr Land geraubt wird. Wer bei NETZ mitmacht, findet sich mit dieser Gewalt nicht ab."

Dirk Saam, Referent für Entwicklungspolitik: „NETZ als geschäftsführende Organisation des Bangladesch-Forum wirkt darauf hin, dass die Herausforderungen des Landes in der deutschen Öffentlichkeit Gehör finden und das die Sichtweisen der Zivilgesellschaft aus Bangladesch Eingang in die deutsche und europäische Politik finden."

Sabrina Syben, Referentin für entwicklungspolitische Bildung: „Im letzten Jahr konnten wir mit unseren Unterstützergruppen in 88 Aktionen und Veranstaltungen auf die Armut und Hunger in Bangladesch aufmerksam machen. Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit von NETZ ist nicht ohne das ehrenamtliche Engagement der Aktionsgruppen und unserer Freiwilligen denkbar."

Shahidul Islam, stellvertretender Leiter des NETZ-Landesbüros in Dhaka: „Das Team in Bangladesch ist nah dran: wir kennen die Perspektive der Menschen in den Dörfern. Qualität erzielen wir durch Standards, 100% Transparenz und Nulltoleranz gegenüber Korruption."

Jana Schubert, die 2011/12 als NETZ-Freiwillige in Bangladesch war: „Ich hatte ein sehr tolles Freiwilligen-Jahr in Bangladesch. Menschen gaben mir Einblicke in ihr Leben, ihre Probleme und in ihre Kultur. Es waren wahnsinnig mutige Menschen, die mich sehr berührt haben."

Stimmen der Teilnehmer in der Diskussionsrunde

Oberbürgermeister Wolfram Dette sagte zu, NETZ zu unterstützen und „über die wunderbaren Erlebnisse, die ich aus der NETZ-Zeitschrift entnehme, noch mehr mit den Bürgerinnen und Bürgern zu sprechen."

Sibylle Pfeiffer, MdB: „NETZ hat ein unglaublich professionelles, hohes Niveau. Die Arbeit von NETZ ist erste Sahne. Ich habe sie mir selbst angesehen."

Jürgen Kretz: „Das BMZ ist sehr froh, kompetente Partner wie NETZ zu haben, die auch mal an der richtigen Stelle nachfragen."

Edda Kirleis: „Ich möchte gerne gemeinsam mit der großen NETZ-Familie und denen, die sich hier und in Bangladesch für engagieren, weiter an dem großen und erfolgreichen Netzwerk stricken."

Shaheen Dill-Riaz: „Ich wünsche mir, dass deutsche Interessierte vielmehr und länger das Land besuchen und auch gegenseitig: dass Bengalen auch hier die Chance bekommen, dieses Land zu erleben und jeweils zu verstehen, warum sind die Menschen so, wie sie sind."

Manfred Krüger: „Es geht nicht nur darum, von unserem Überfluss etwas abzugeben, etwas mal nebenbei zu machen. Es geht um essentielle menschliche Fragen."

Steffen Gross: „Die Gesprächsrunde hat gezeigt, dass es sich lohnt, sich auch hier vor Ort für ein gerechtes Miteinander einzusetzen."

Lich Die Fotoausstellung „5 Day-Trip to Bangladesh“ von Rolf K. Wegst wurde im Licher Kultur-Restaurant Savanne eröffnet.

Schöffengrund Der Eine-Welt-Laden Schwalbach überreichte zum 25-jährigen Jubiläum von NETZ eine Spende. 15 neue Familien können in das Programm „Ein Leben lang genug Reis“ aufgenommen werden.

Tübingen Zum „Tag der Hoffnung“ lud die katholische Kirchengemeinde St. Ägidius gemeinsam mit der Bangladesch-Gruppe in Tübingen-Hirschau ein.

Walldürn „Wandern für die Andern!“ Unter diesem Motto veranstalteten die Pfarrgemeinde Höpfingen und Waldstetten sowie der Förderverein für Missionsarbeit Walldürn einen Hungermarsch. Mit den Erlösen leisten Sie einen Beitrag zur Überwindung von Armut, Hunger und Krankheit in Bangladesch.

Wetzlar 30 Jahre Second-Hand-Laden der Evangelischen Domgemeinde in Wetzlar! Bildungsreferentin Sabrina Syben war zur Feier vor Ort und stellte die Projekte von NETZ vor.

Zülpich
Im Rahmen der Landesgartenschau in Zülpich veranstalteten Schülerinnen und Schüler des Frankengymnasiums und der Gesamtschule Wicherterich den Theaterworkshop „Szenen aus Bangladesch“.

Die hier aufgeführten Aktionen und Veranstaltungen fanden im Mai und Juni 2014 statt. Weitere Meldungen aus der Partnerschaft mit Bangladesch gibt es auf www.bangladesch.org.

GESCHÄFTSSTELLE:
Veröffentlichung

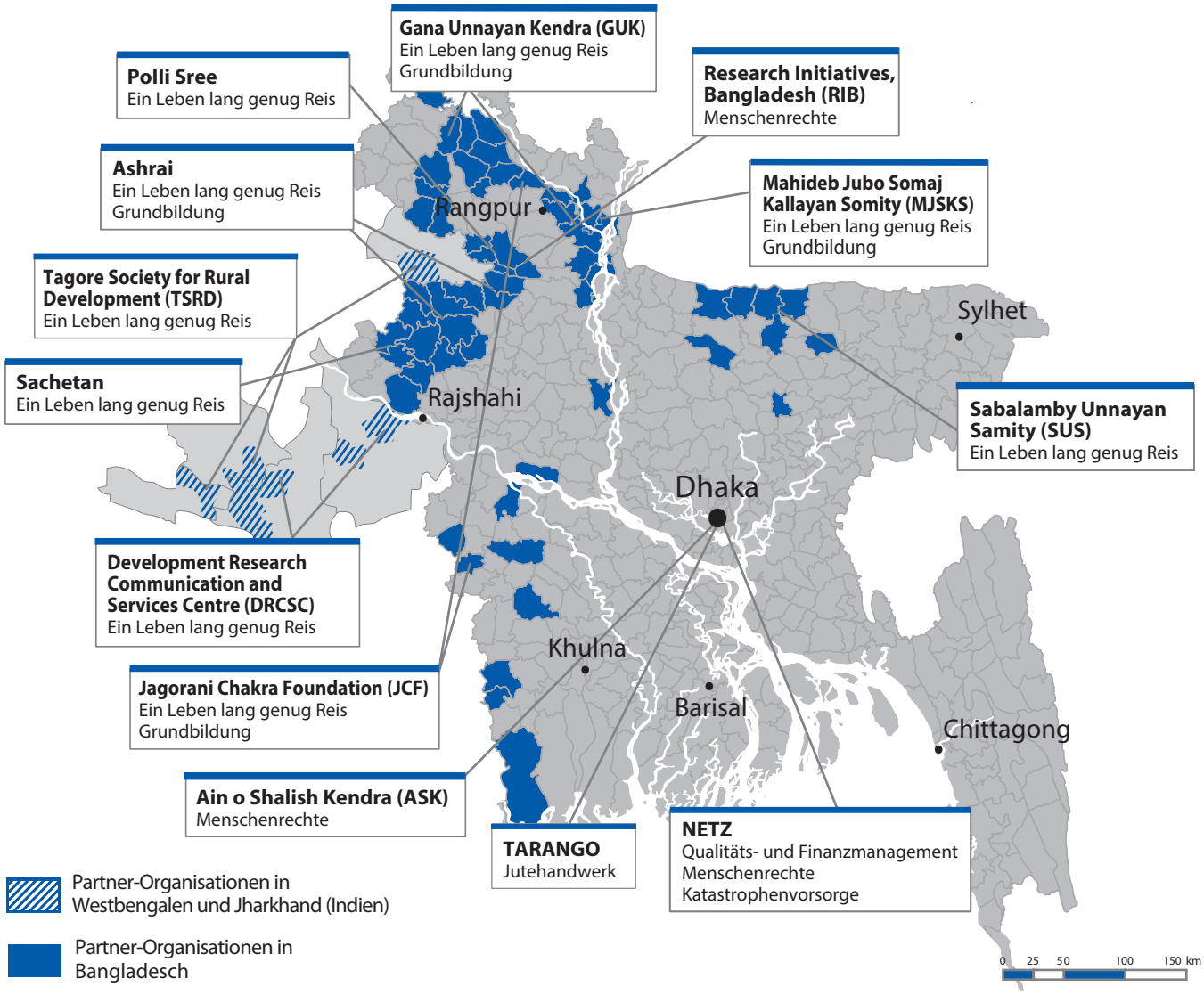
Die Bildungsbroschüre „Denken. Fühlen. Handeln in einer vernetzten Welt“ ist veröffentlicht. Lehrkräfte wie Ehrenamtliche in der außerschulischen Bildungsarbeit erhalten in diesem Magazin viele Anregungen und konkrete Übungen zum Thema Globales Lernen am Beispiel Bangladesch. Geboten werden fertig ausgearbeitete crossmediale Materialien, wie Arbeitsblätter, Fotos, PowerPoint-Präsentationen, für den Einsatz im Unterricht, bei Workshops oder Projekttagen. Jetzt bestellen unter: www.bangladesch.org/ bildungsheft

VEREIN:
Strategiediskussion

Bis Mai 2015 wollen wir gemeinsam mit Ihnen und Euch die Strategie von NETZ für den Zeitraum 2016 bis 2021 erarbeiten. Alle Mitglieder, Mitarbeiter, Aktive, Spender und Partner sollen die Möglichkeit haben, sich einzubringen und mitzugestalten, um NETZ in den nächsten Jahren weiterzubringen. Gemeinsam wollen wir vielfältige Fragen auf verschiedensten Ebenen besprechen: die Ausweitung und Weiterentwicklung der Projekte und verschiedenen Arbeitsbereiche von NETZ in Deutschland wie Bangladesch, aber auch Grundsatzfragen, Analysen und Visionen. Eine Möglichkeit für den aktiven Austausch ist der für die Strategieentwicklung eingerichtete Blog:
blog.bangladesch.org.

GESCHÄFTSSTELLE:
Neuer Mitarbeiter

Sven Wagner arbeitet seit April 2014 als Referent für Öffentlichkeitsarbeit in der NETZ-Geschäftsstelle. Er hat Regionalwissenschaften mit Schwerpunkt Südasien an der Berliner Humboldt-Universität studiert. Währenddessen war er sechs Monate als Praktikant bei der Deutsch-Indischen Handelskammer in Mumbai tätig. Nach dem Studium leistete Sven Wagner einen einjährigen entwicklungspolitischen Freiwilligendienst mit NETZ in Kurigram im Norden von Bangladesch. Dort dokumentierte er das NETZ-Programm „Ein Leben lang genug Reis“. Zuletzt absolvierte er ein 18-monatiges Redaktionsvolontariat bei der Suhler Verlagsgesellschaft. Sven Wagner freut sich auf die Arbeit in einem Team mit engagierten Kolleginnen und Kollegen in Deutschland sowie in Bangladesch. Er möchte dazu beitragen, die Partnerschaft mit Bangladesch zu kommunizieren und die Erfolge der Frauen, Männer und Kinder in den von NETZ unterstützten Projekten sichtbar zu machen.



Partner und Projekte, die von NETZ unterstützt werden

NETZ konzentriert seine Arbeit auf vier Projektbereiche:

„Ein Leben lang genug Reis“ unterstützt Familien, die zu den ärmsten 20% der Bevölkerung gehören, damit diese dauerhaft ein Einkommen erwirtschaften. So können sie für Nahrung, Kleidung und Gesundheit sowie Bildung ihrer Kinder sorgen. Selbsthilfe-Strukturen werden aufgebaut. 51.156 Familien hat NETZ 2013 im Programm „Ein Leben lang genug Reis“ unterstützt. Über 125.000 Menschen haben seit Beginn des Programms den Hunger dauerhaft überwunden.

Grundbildung ist das Handwerkszeug für eine bessere Zukunft. An den von NETZ unterstützten Schulen lernen Mädchen und Jungen u.a. Lesen, Schreiben und Rechnen. An 393 Grundschulen war NETZ mit Partner-Organisationen 2013 aktiv: in abgelegenen, von Armut geprägten Regionen im Norden Bangladeschs. 34.315 Schulkinder erhielten hier Zugang zu qualitativ hochwertiger Grundbildung.

Menschenrechte: NETZ unterstützt 5.000 Menschenrechtsverteidiger beim Kampf für die Rechte der Ärmsten und gegen Kinder-Ehen, Landraub und Mitgift-Betrug in den Dörfern. In Menschenrechtsräten engagieren sich lokale Meinungsführer, darunter viele Frauen. Auf nationaler Ebene engagiert sich NETZ, dass Menschenrechtsaktivisten sowie NGOs der Zivilgesellschaft wirksam arbeiten können.

Katastrophenvorsorge: NETZ hilft den Menschen beim Kampf gegen den Hunger nach einer Katastrophe und beim Schutz vor künftigen Überschwemmungen.

ISSN 1619-6570

NETZ - Zeitschrift für Entwicklung und Gerechtigkeit
Moritz-Hensoldt-Str. 20 / D-35576 Wetzlar
Postvertriebstück / DPAG / Engelt bezahlt / G 8619

Foto: Kai Fritze

65€ ebnen den Weg aus der Armut!

Im NETZ-Programm „Ein Leben lang genug Reis“ erhalten die ärmsten Familien Schulungen und Startkapital: Ziegen, eine Kuh oder Pacht für Land. So können sie dauerhaft den Hunger besiegen. Werden Sie Starthelferin und Starthelfer mit 65 Euro für eine Familie.

DZI Spenden-Siegel

Das Spenden-Siegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) bestätigt, dass wir mit den uns anvertrauten Mitteln sorgfältig und verantwortungsvoll umgehen.

Partnerschaft Entwicklung Gerechtigkeit
NETZ বাংলাদেশ
www.bangladesch.org

NETZ Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e.V.
Moritz-Hensoldt-Str. 20
D-35576 Wetzlar
Tel.: 06441 / 97463-0
Fax: 06441 / 97463-29

Spendenkonto / IBAN
Volksbank Mittelhessen
DE 82 5139 0000 0000 0062 62
BIC: VB MH DE 5F